

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bernd Reuther, Frank Sitta, Torsten Herbst,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/24356 –**

Unterstützung für das System Luftverkehr in Zeiten von Corona

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem Forderungen zur Zurückführung von Reiserestriktionen bei Flugreisen und zu Flugreisen unter Corona-Bedingungen sowie zu finanziellen Entlastungen und Fördermöglichkeiten in Bezug auf die Luftverkehrsbranche beinhaltet.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/24356 abzulehnen.

Berlin, den 25. November 2020

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

Cem Özdemir
Vorsitzender

Arno Klare
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Arno Klare

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/24356** in seiner 193. Sitzung am 20. November 2020 beraten und hat ihn an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Energie, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, Reiserestriktionen weiter zurückzuführen und Drittstaaten nicht pauschal als Risikogebiete zu kennzeichnen, sich zukünftig an dem konkreten Infektionsgeschehen vor Ort, der Test-Positiv-Rate der Reiserückkehrer sowie an den medizinischen Möglichkeiten vor Ort zu orientieren; klare Vorgaben im Zusammenhang mit der Ermöglichung von Schnelltestverfahren zu entwickeln; bei der Europäischen Kommission darauf hinzuwirken, Einreiseverbote anzupassen und damit Pilotprojekte für sicheres Fliegen zu ermöglichen und sich dafür einzusetzen, dass Einreiseregulungen von wichtigen Partnerländern für Geschäftsreisende, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verkehrsunternehmen und Wartungspersonal erleichtert werden. Zudem fordert der Antrag, die Luftverkehrssteuer langfristig abzuschaffen; die pandemiebedingten Defizite der Deutschen Flugsicherung auszugleichen; ein Konzept für die kleineren Flughäfen zu entwickeln, in dem auch an ihren Standorten die Fluggesellschaften direkt mit der Flugsicherung die Flugsicherungsgebühr abrechnen können; die Fluggesellschaften von den Kosten der Luftsicherheit als hoheitliche Aufgabe zu befreien und gemeinsam mit den Ländern ein Konzept zur Übernahme der Kosten der Flughafenfeuerwehren zu entwickeln. Zudem erheben die Antragsteller die Forderung, die EU-Kommission zu veranlassen, in ihren aktuellen Plänen zur Veränderung des Europäischen Emissionshandelssystems die auf die Auswirkung der Corona-Pandemie bezogenen Interessen der Luftverkehrswirtschaft möglichst weit zu berücksichtigen und eine Besteuerung von Kerosin zurückzustellen; die Revision der EU-Entgeltrichtlinie auch in den kommenden Jahren auszusetzen; die vorhandenen Forschungsprogramme für klimafreundliches Fliegen voranzutreiben, damit die Unternehmen ihre freien Ingenieurskapazitäten auslasten können; die Antragsverfahren des Luftfahrtforschungsprogramms zu beschleunigen sowie Vorauszahlungen zu ermöglichen; sich bei der Europäischen Kommission für eine Anschlussregelung bei den Corona-Beihilfen für alle Flughäfen bis mindestens Ende 2022 und für eine Verlängerung der Betriebsbeihilfen für kleinere Flughäfen über das Jahr 2024 hinaus einzusetzen und militärische Forschungs-, Entwicklungs- und Beschaffungsprogramme schneller umzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/24356 in seiner 69. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag in seiner 113. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 113. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag in seiner 108. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag in seiner 96. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 72. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 119. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag in seiner 88. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 25. November 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag in seiner 93. Sitzung am 25. November 2020 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie schließe sich den Ausführungen der Fraktion der SPD an. Der Antrag beinhalte Maximalforderungen. Eine solche Förderung des Luftverkehrs sei zwar grundsätzlich wünschenswert, aber dazu würden auch bereits hochrangige Gespräche geführt. Das Bundesministerium für Verkehrs und digitale Infrastruktur engagiere sich hier auch besonders. Man wünsche sich, dass man die mögliche und notwendige Unterstützung für den Luftverkehr in finanzieller und strukturpolitischer Hinsicht erreiche, damit der Luftverkehr gestärkt wieder aus der Krise herauskommen könne. Die Bundesregierung lasse die Luftverkehrswirtschaft und ihre Beschäftigten weiterhin nicht alleine. Der Antrag der Fraktion der FDP sei daher redundant.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, zum Teil könne sie bei Forderungen aus dem Antrag nachvollziehen, dass Handlungsbedarf bestehe. Im Ergebnis beinhalte der Antrag aber mit der Auflistung der verschiedensten Wünsche eine Maximalforderung. Zu einem Teil der Forderungen aus dem Antrag würden bereits Lösungen erarbeitet. Zu den Forderungen zur Luftverkehrssteuer sei zu sagen, dass diese derzeit pandemiebedingt weder eine große Einnahmequelle für den Staat noch eine große Belastung für die Luftverkehrswirtschaft bedeute. Die Forderung, die Luftverkehrswirtschaft von den Kosten der Luftsicherheit als einer hoheitlichen Aufgabe zu befreien, werde von ihr schon seit Jahren erhoben und aktuell werde auch darüber diskutiert. Der Antrag beinhalte wichtige Forderungen, er sei aber zu weitgehend und Teile befänden sich bereits in der Umsetzung, weshalb man ihn ablehnen werde.

Die **Fraktion der AfD** hob die aktuelle und die künftige Bedeutung der Luftverkehrswirtschaft hervor. Wenn man hier nicht die richtigen Weichen stelle, könne man bedeutende Entwicklungen, die anstünden, durchaus verpassen. Allerdings reiche hier die Zusammenstellung von Einzelmaßnahmen nicht aus und es seien auch nicht alle Probleme, um die es hier gehe, durch Corona entstanden. Vielmehr müsse man strukturelle Probleme angehen, wofür man ein Gesamtprogramm benötige. Man müsse nicht alle in dem Antrag geforderte Maßnahmen gleichzeitig umsetzen, solle aber ein Paket schnüren, welches die Luftverkehrswirtschaft klar voranbringe. Sie habe entsprechende Anträge bereits in der Vergangenheit gestellt, die aber abgelehnt worden seien. Sie hingegen stimme dem Antrag der FDP zu.

Die **Fraktion der FDP** hob hervor, sie begrüße die positiven Äußerungen zu ihrem Antrag, auch wenn der Antrag dann im Hinblick auf die gegebene Rollenverteilung im Ergebnis doch abgelehnt werde. Das System Luftverkehr sei von der Corona-Pandemie sehr stark betroffen. Es benötige in vielfältiger Art und Weise Unterstützung, wovon Einigkeit bestehe, wenn es auch stellenweise Differenzen im Hinblick auf den Weg dorthin gebe. Sie hob hervor, dass sie sich auch einen größeren Einsatz und eine deutlich erhöhte Förderung beim klimafreundlichen Fliegen wünsche. Den Medien habe man entnehmen können, dass die Bundesregierung eine Unterstützung für die Flughäfen plane, etwa im Hinblick auf eine Teststrategie, sie aber leider das Thema Abgabenlast nicht wirklich angehe.

Die **Fraktion DIE LINKE** bemerkte, sie lehne den Antrag – anders als Union und SPD – mit voller Überzeugung ab. Trotz teilweise berechtigter Benennung von Problemen weise der Antrag in zwei zentralen Punkten in die falsche Richtung. Trotz der großen wirtschaftlichen Bedeutung des Luftverkehrs sei es nicht möglich, einfach zu dem wachstumsgetriebenen Modell der Vor-Corona-Zeit zurückzukehren. Ein von Dumping-Modellen befördertes Wachstum könne weder im Hinblick auf den Klimaschutz, noch im Hinblick auf die Interessen der Beschäftigten und der Anwohnerinnen und Anwohner der Flughäfen ein Zukunftsmodell sein. Bei dem Antrag sehe sie auch das Problem, dass schon bei den jetzigen Hilfsmaßnahmen für den Luftverkehr die Interessen der Beschäftigten so gut wie gar nicht berücksichtigt würden und auch Vorgaben für Klimaziele fehlten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** äußerte, der Antrag der marktliberalen FDP beinhalte zu ihrem Erstaunen ein etatistisches „Rundum-Sorglos-Paket“ für die Luftverkehrswirtschaft. Auch die Prinzipien, dass Hilfsmaßnahmen den Abbau von Überkapazitäten nicht dauerhaft behindern dürften und dass das „Race-to-the-Bottom“ beendet werden müsse, spiegle der Antrag nicht mehr wieder, sondern er beinhalte das Gegenteil. Man lehne es ab, dass mit dem Antrag in noch stärkerem Maße ohnehin bereits am Tropf der Steuerzahlenden hängende Strukturen durchfinanziert werden sollten und man mit den darin enthaltenen Forderungen unbedingt zu dem wachstumsgetriebenen Modell der vergangenen 40 Jahre zurückkehren wolle.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/24356.

Berlin, den 25. November 2020

Arno Klare
Berichterstatter

